



# HESSISCHER LANDTAG

23. 12. 2005

## **Kleine Anfrage**

**des Abg. Schäfer-Gümbel (SPD) vom 08.11.2005**

**betreffend Schule und Rassismus**

**und**

**Antwort**

**der Kultusministerin**

### **Vorbemerkung des Fragestellers:**

"Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" (SOR-SMC) ist ein Projekt von und für Schülerinnen und Schüler, die gegen alle Formen von Diskriminierung, insbesondere Rassismus, aktiv vorgehen und einen Beitrag zu einer gewaltfreien, demokratischen Gesellschaft leisten wollen.

Die Idee von "Schule und Rassismus" wurde anlässlich des Erstarkens rechtsradikaler Parteien 1988 von Schülerinnen und Schülern sowie Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeitern in Belgien entwickelt. Sie wollten auf diese Weise aktiv gegen Diskriminierung und Rassismus eintreten. Das Projekt war so erfolgreich, dass es 1992 als "School Zonder Racisme" in den Niederlanden eingeführt wurde. 1995 führte der Verein "Aktion Courage e.V." das Projekt in Deutschland ein. Das Projekt wurde bereits mit zahlreichen Auszeichnungen gewürdigt. So erhielt es den Jugendkulturpreis NRW (1996 und 1998), den Förderpreis "Demokratie leben" des Deutschen Bundestages (1997 und 1999), den Aachener Friedenspreis (1997), den Civis-Preis des WDR Köln (1997), den Heinrich-Bußmann-Preis der SPD Lünen (1997), die Buber-Rosenzweig-Medaille vom Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. 2001 und 2004 wurde das Projekt vom Bündnis für Demokratie und Toleranz als Botschafter der Toleranz ausgezeichnet.

Diese Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Hat die Landesregierung Kenntnis von diesem Projekt?

Der Landesregierung ist das Projekt "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" des Trägers "Aktion Courage e.V." bekannt.

Frage 2. Wenn ja, wie beurteilt die Landesregierung dieses und seine Aktivitäten?

Die Landesregierung begrüßt und würdigt das Engagement, das Schülerinnen und Schüler zeigen, indem sie sich für eine Anerkennung ihrer Schule als "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" bemühen. Gefördert werden daher seit Jahren Projekte, denen die Einübung demokratischer Denk- und Handlungsweisen zugrunde liegen, wie z.B. das hessische Projekt "Mediation und Partizipation". Die Landesregierung hat im Blick, dass Phänomene der Fremdenfeindlichkeit, Gewalt, Rassismus und Antisemitismus auch unter jungen Menschen zu beobachten sind. Ängste vor "Fremden" und "Anderen" sind nicht nur Alltagskultur eines Teiles der Gesellschaft, sondern immer öfter auch mit einem konkreten Gewaltpotenzial gegen andere Menschen, deren Einrichtungen und Symbole verbunden. Die Landesregierung begrüßt deshalb alle Projektansätze, die versuchen, zu einem Abbau von antidemokratischen Einstellungen, besonders bei jungen Menschen, beizutragen. Einem präventionsorientierten Ansatz, der die multikausalen Ursachen solcher Einstellungen berücksichtigt, gilt dabei das besondere Interesse der Landesregierung. Der Landesregierung ist bewusst, dass auch in der Schule und im Elternhaus die Ursachen für viele Grundüberzeugungen und Wahrnehmungen gelegt werden. Die Förderung der Kooperation zwischen Schule und Elternhaus ist daher ein besonderes Anliegen der Landesregierung.

Frage 3. Wann und an welchen Stellen wurde das Projekt "Schule ohne Rassismus" in Hessen eingeführt?

In Deutschland ist seit 1995 bis heute insgesamt 255 Schulen der Titel "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" verliehen worden, davon elf Schulen in Hessen (Stand 28. November 2005). Es sind dies im Einzelnen: die Richtsberg-Gesamtschule in Marburg, die Rotebergschule in Dillenburg, die Rabanus-Maurus-Schule (Domgymnasium) in Fulda, die Karl-Kübel-Schule, Kaufmännische Schule des Kreises Bergstraße, die Konrad-Adenauer-Schule in Fulda, die Heinrich-Böll-Schule in Bruchköbel, die Rudolf-Koch-Schule und die Schillerschule in Offenbach am Main, die Alexander-v.-Humboldt-Schule in Viernheim, die Theodor-Koch-Schule in Grünberg und die Alexander-v.-Humboldt-Schule in Lauterbach.

Frage 4. Welche konkreten Projekte wurden an diesen Schulen durchgeführt bzw. werden durchgeführt?

Als "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" entwickeln Schülerinnen und Schüler in Eigenregie Initiativen und Ideen zu den Themen Diskriminierung, Rassismus und Gewalt. Bei der Umsetzung der Projekte sind Lehrkräfte letztendlich "Unterstützer". Die Bandbreite der Projekte kann von Begegnungen mit Zeitzeugen (z.B. ehemalige Zwangsarbeiter/-innen) über Projekttag bis hin zur Streitschlichtung reichen.

Frage 5. In welcher Weise wird das Projekt "Schule ohne Rassismus" durch die Landesregierung unterstützt?

Um sich des Themas "Gewaltprävention" noch intensiver anzunehmen, hat die Landesregierung im Dezember 2002 den Aufbau eines landesweiten "Netzwerks gegen Gewalt" beschlossen. Nach den Ereignissen von Erfurt wurde eine ressortübergreifende Projektgruppe unter gemeinsamer Federführung des Kultus- und Innenministeriums sowie unter Beteiligung des Justiz- und Sozialministeriums mit dem Ziel der Implementierung eines "Netzwerks gegen Gewalt" eingerichtet. Ziele sind eine ressortübergreifende landesweite Koordination bestehender Projekte und Maßnahmen sowie eine institutionalisierte Zusammenarbeit der verschiedenen Präventionspartner.

In einem ersten Schritt hatte die Projektgruppe einen Maßnahmenkatalog vorgelegt, dem die Hessische Landesregierung in ihrer Kabinettsitzung am 17. Dezember 2002 zugestimmt hat. Ziel der Maßnahmen ist, die Kooperation von Schulen, Staatlichen Schulämtern, Jugendämtern, Staatsanwaltschaften und Polizei im Bereich der Gewaltprävention in Zusammenarbeit mit dem Landespräventionsrat und unter Einbindung von Elternvertretungen, Suchtberatung, kommunalen Präventionsgremien und örtlichen Sportvereinen landesweit zu intensivieren und zu institutionalisieren, um den Gewaltphänomenen unter jungen Menschen entschlossener begegnen zu können.

Die Projektgruppe "Netzwerk gegen Gewalt", die seit dem 1. Juli 2003 in eine auf Dauer eingerichtete Lenkungsgruppe überführt wurde, hat hierzu bereits mit der Umsetzung zahlreicher Maßnahmen begonnen.

So wurde zum 1. Juli 2003 ein gemeinsames Kompetenzzentrum "Geschäftsstelle Netzwerk gegen Gewalt" des Kultus- und des Innenressorts im Hessischen Landeskriminalamt eingerichtet. Die Geschäftsstelle ist mit einem Mitarbeiter aus dem Polizeivollzugsdienst sowie einer Mitarbeiterin aus dem Geschäftsbereich des Hessischen Kultusministeriums besetzt, sodass beide Ressorts zu gleichen Teilen die dortigen Aufgaben für das "Netzwerk gegen Gewalt" wahrnehmen. Eine Zusammenarbeit in dieser Form hat es bislang noch nicht gegeben. Sie eröffnet für alle Beteiligten die Möglichkeit, schnell und unbürokratisch die Kompetenzen mehrerer Ressorts zu nutzen.

Die Geschäftsstelle ist eine Serviceeinrichtung, deren Kernaufgabe die Information, Beratung und Unterstützung der Netzwerkpartner vor Ort sind. Sie hat hierzu einen Informationspool ([www.netzwerk-gegen-gewalt.de](http://www.netzwerk-gegen-gewalt.de)) über Projekte und Maßnahmen zur Gewaltprävention in Hessen eingerichtet, auf den alle Interessierten zurückgreifen und sich entsprechend beraten lassen können.

Über die Geschäftsstelle können gute Erfahrungen aus lokalen Projekten an alle Netzwerkpartner weitergegeben werden, sodass zum einen von guten Vorarbeiten anderer profitiert werden kann, zum anderen der Informationsaustausch untereinander systematisiert und damit auch erleichtert wird.

Im Rahmen von jährlich veranstalteten Fachtagungen zu Themen der Gewaltprävention werden konkrete Projekte vorgestellt und der fachliche Austausch zwischen Behörden und Institutionen gefördert und somit die interdisziplinäre Zusammenarbeit gestärkt.

Eine Kooperation des Projekts "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" mit dem hessischen "Netzwerk gegen Gewalt" ist wünschenswert. Da es keinen Ansprechpartner des Trägers "Aktion Courage e.V." in Hessen gibt, hat die Geschäftsstelle "Netzwerk gegen Gewalt" erste Kontakte zur Bundeskoordinationsstelle "Aktion Courage e.V." in Berlin hergestellt.

Frage 6. Wenn es derzeit nicht unterstützt wird, welche Förderung ist seitens der Landesregierung vorstellbar?

Auf die Antwort zur Frage 5 wird verwiesen.

Wiesbaden, 9. Dezember 2005

**Karin Wolff**